

Unsere Anträge für die Landtagssitzung Januar 2018

www.linksfraktionmv.de



Aktuelle Stunde: Keine Rüstungsexporte aus MV! Alternativen für betroffene Wirtschaftsstandorte schaffen!

Hintergrund: Es ist gut, dass es in den Ergebnissen der Sondierung zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene heißt: „Wir wollen ein Europa des Friedens und der globalen Verantwortung.“ Und es ist gut, dass es heißt: „Die Bundesregierung wird ab sofort keine Ausfuhren an Länder genehmigen, solange diese am Jemen-Krieg beteiligt sind.“ Das passt gut zu unserer Landesverfassung, in der steht: „Alles staatliche Handeln muss dem inneren und äußerem Frieden dienen und Bedingungen schaffen, unter denen gesellschaftliche Konflikte gewaltfrei gelöst werden können.“ „Keine Rüstungsexporte aus M-V“ ist das Gebot der Stunde. Unsere Verantwortung ist es, Alternativen für die betroffenen Wirtschaftsstandorte zu entwickeln. Dabei kann das Land auf umfangreiche Erfahrungen zurückgreifen. Nach den Standortschließungen der Bundeswehr Anfang der 2000er Jahre haben wir ein bundesweit nahezu einmaliges und anerkanntes Konversionsprogramm aufgelegt. Die Förderprogramme und Instrumente wirken bis heute.

Eltern bei der Kindertagesbetreuung wirksam entlasten **[Drucksache 7/1590](#)**

Zum 1. Januar 2018 trat die 50,- Euro Elternbeitragsentlastung für die Kindertagesbetreuung in Kraft. Zeitgleich sind vielerorts jedoch auch die Kita-Gebühren deutlich angestiegen, so dass die Entlastung faktisch nicht bei den Eltern ankommt.

SPD und CDU müssen umgehend geeignete Maßnahmen ergreifen, um Eltern tatsächlich bei der Kindertagesbetreuung zu entlasten. Ziel ist die zügige Einführung der elternbeitragsfreien Kindertagesbetreuung. Andere Bundesländer machen es vor. Dafür soll das Finanzierungssystem der Kindertagesförderung in M-V unter die Lupe genommen und dahingehend überarbeitet werden, dass die Elternbeitragsfreiheit schrittweise und zeitnah auch in Mecklenburg-Vorpommern eingeführt werden kann.

Lehrermangel beheben – Ausbildungsbedingungen für künftige Lehrkräfte verbessern [Drucksache 7/1589](#)

Bei unserem letzten Antrag zum Thema Unterstützung von Lehramtsstudenten bei den Fahrtkosten wurde von Seiten der Koalitionsfraktionen angeführt, dass die nicht notwendig sei, weil es keinen Effekt brächte. Die Lehramtsstudenten haben sich öffentlich zu Wort gemeldet, dass sehr wohl ein Bedarf an der Übernahme der Fahrtkosten zu Ausbildungsschulen außerhalb der Universitätsstandorte besteht. Rostock und Greifswald bieten nicht ausreichend Plätze für Praktika bzw. die Schulpraktischen Übungen. Dies führt bei vielen Studierenden dazu, dass sich das Studium verzögert. Angesichts des anwachsenden Lehrkräftemangels ist es angebracht, möglichst rasch Lehrerinnen und Lehrer auszubilden. Ein erster Schritt ist die Verkürzung der Ausbildung durch eine Verringerung des Referendariates auf 12 Monate – ohne dass dabei die Qualität der Ausbildung leidet. Vielmehr müssen die Lehrinhalte gestrafft werden. Dies kann durch Wegfall der Hausarbeit erfolgen, wie es in vielen anderen Bundesländern Usus ist.

M-V wieder zur Nummer 1 im Kinder- und Jugendtourismus machen [Drucksache 7/1588](#)

M-V galt einst als Leuchtturm für den Kinder- und Jugendtourismus. Doch seit 2005 schließt eine Übernachtungsstätte nach der anderen die Pforten. Damit sind über 4000 Betten weggefallen. Es ist Zeit in den Kinder- und Jugendtourismus wieder mehr zu investieren. Sowohl in die bauliche Substanz als auch in das Personal.

Deshalb fordern wir:

- eine Vollzeitstelle im Tourismusverband für Vernetzung, Weiterbildung und Qualitätsmanagement
- eine Untersuchung der Übernachtungsstätten, um den Investitionsbedarf zu ermitteln und ein passgenaues Förderprogramm aufzulegen
- die Wiedereinführung eines jährlichen Jugendtourismustag als Impulsgeber
- regelmäßige Überprüfung des Schulfahrtenerlasses

Aussprache zum Thema „Untersuchungsauftrag des 1. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses ‚Wohlfahrtsverbände‘ erweitern“

Der Untersuchungsauftrag des PUA „Wohlfahrtsverbände“ beinhaltet die Prüfung der in der LIGA der Spitzenverbände der Wohlfahrtspflege zusammengefassten Landesverbände. Zusätzlich sind die Kreis- und Regionalverbände der AWO vom Untersuchungsauftrag erfasst. Die aktuellen Ereignisse um den DRK-Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte zeigen, dass auch eine Prüfung der Kreis- und Regionalverbände der anderen Wohlfahrtsverbände angezeigt ist. Das ist dem Untersuchungsausschuss allerdings derzeit aufgrund des bestehenden Untersuchungsauftrages verwehrt. Wir haben auf diesen Umstand schon seit längerer Zeit hingewiesen. Die Erweiterung ist jedoch an bestimmte Voraussetzungen gebunden, die durch die Linksfraktion allein nicht erfüllt werden können.

Strafvollzug zukunftsfähig aufstellen [Drucksache 7/1584](#)

Ende November 2017 stellte das Justizministerium dem Rechtsausschuss das seit Monaten angekündigte Strafvollzugskonzept vor. Dieses Konzept erweist sich jedoch als reines Standortkonzept. Man stellte fest: Es gibt weniger Gefangene als Haftplätze – deshalb muss die JVA Neubrandenburg Ende 2018 schließen. Die zugrunde gelegten Häftlingsprognosen wurden lediglich von der vermuteten Bevölkerungsentwicklung abhängig gemacht. Für ein Strafvollzugskonzept, das diesen Namen auch verdient, braucht es jedoch mehr: Eine belastbare Analyse der Häftlingszahlen und der Charakteristik der Häftlinge aufgrund moderner Erkenntnisse des Vollzugs und einen daraus abgeleiteten Personal-, Raum- und Behandlungsbedarf. All das fehlt im Konzept der Regierung.

Mitbestimmungsrechte achten – in Dialog über Beschäftigungsperspektiven für die Zusteller des Nordkuriers eintreten [Drucksache 7/1587](#)

Betriebliche Mitbestimmung ist wichtig und ein wesentliches Merkmal für eine funktionierende Sozialpartnerschaft. Der Dialog zwischen Arbeitgebern und Betriebsräten dient dazu, Interessengegensätze einer gemeinschaftlichen Lösung zuzuführen, von der beide Seiten profitieren. Um gute Arbeit in M-V zu sichern, braucht es auch möglichst viele aktive Betriebsräte im Land.

Politische Verantwortung für Rentengerechtigkeit wahrnehmen

[Drucksache 7/1586](#)

Nach einem Urteil des Landessozialgerichtes Sachsen-Anhalt ist ehemaligen Beschäftigten der Deutschen Volkspolizei der DDR gezahltes Verpflegungs- und Bekleidungs-geld auf die Rente anzurechnen. Auch in M-V sind seit längerem zahlreiche entsprechende Verfahren vor dem Landessozialgericht anhängig. Die Landesregierung will die juristischen Entscheidungen abwarten. Das ist für die meist betagten Betroffenen nicht zumutbar. Entsprechende Rentenerhöhungen dürfen ihnen nicht länger vorenthalten werden. Oder setzt die Landesregierung auf eine demografische Lösung?

Schutzkonzept für gemeinschaftlich genutzte Unterkünfte ausländischer Flüchtlinge vorlegen [Drucksache 7/1585](#)

Geflüchtete Frauen, Kinder, homo-, trans- und intersexuelle Menschen sind besonders schutzbedürftige Personengruppen. Sie müssen umfassend vor Übergriffen in gemeinschaftlich genutzten Unterkünften geschützt werden und ein sicheres Wohnumfeld vorfinden. Abhängig vom Träger und Betreiber einer Gemeinschaftsunterkunft existieren einrichtungsbezogene Schutzkonzepte im Land. Diese müssen zum Schutz aller gemeinschaftlich untergebrachten Personen jedoch landesweit verbindlich geregelt werden. Wir fordern die Erarbeitung landeseinheitlicher Standards, ein umfassendes Schutzkonzept für M-V und dessen rechtliche Verankerung im Flüchtlingsaufnahmegesetz sowie in den dazugehörigen Richtlinien und Verordnungen.